

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 21. März 2018

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

**31 2016.RRGR.960 Gesetz
Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der BKW AG (BKW-Gesetz, BKWG)**

2. Lesung

Präsidentin. Wir fahren direkt weiter mit der BVE, und ich begrüsse Frau Regierungsrätin Egger. Wir kommen zu Traktandum 31 «Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der BKW AG (BKW-Gesetz, BKWG)». Eigentlich habe ich folgenden Ablauf geplant: Zuerst hat die Kommissionssprecherin das Wort, dann steigen wir direkt in die Detailberatung ein, und am Schluss sprechen wir über den Antrag der FDP-Fraktion von Grossrat Haas und halten an dieser Stelle allgemeine Voten. Ich sehe aber, dass die Kommissionssprecherin nicht hier ist. Daher würde ich nun direkt in die Detailberatung gehen und hoffe, dass sie beim Antrag Haas anwesend sein wird. Oder sehe ich Grossrätin Stucki einfach nicht? – Nein, sie ist gegenwärtig wirklich abwesend. Ist es in Ordnung, wenn wir direkt in die Detailberatung einsteigen? – Ich sehe keinen Widerspruch. Möchte die Regierungsrätin am Anfang noch etwas sagen? – Das ist nicht der Fall.

Detailberatung

I., II., III., IV.
Angenommen

Titel und Ingress
Angenommen

Antrag FDP (Haas, Bern)
Ablehnung des vorliegenden Gesetzes (Schlussabstimmung)

Präsidentin. Wir kommen zum Antrag der FDP-Fraktion zu diesem Traktandum. Grossrat Haas hat als Antragsteller das Wort, sobald er sich angemeldet hat.

Adrian Haas, Bern (FDP). Für die Schlussabstimmung stellen wir den Antrag, dieses Gesetz abzulehnen. Wenn wir das Gesetz ablehnen, bedeutet das, dass wir kein Gesetz haben. Dann haben wir den Zustand wie in den letzten 25 Jahren, und daran hat sich niemand gross gestört. Wir können also ohne Weiteres und insbesondere deshalb auf ein solches Gesetz verzichten, weil uns der Inhalt, wie wir ihn bisher beraten und beschlossen haben, nicht passt beziehungsweise uns eigentlich zurückwirft.

Die BKW ist heute eine international aufgestellte Firma. Sie haben auch wieder in der Zeitung lesen können, in welche Richtung sie geht. Sie kauft sehr viele Ingenieur-, Klimatechnik- und andere Büros auf. Die BKW entwickelt sich langsam zu einem Dienstleistungsunternehmen. Sie hat inzwischen rund 6000 Mitarbeitende und ist schon lange nicht mehr der Staatsbetrieb, den sie vielleicht einmal war. Deshalb ist es auch notwendig, dass der Kanton Bern seine Anteile an der BKW reduziert und damit das Klumpenrisiko, das es mit sich bringt.

Das Gesetz, das hier nun unterwegs ist, macht eigentlich das Gegenteil. Es perpetuiert die Mehrheitsbeteiligung des Kantons. Wenn man das wieder einmal ändern will, müsste man einen langwierigen Gesetzesprozess in die Wege leiten. Ich weiss, dass gewisse Leute Angst haben, die BKW könnte quasi übernommen werden und die Kraftwerke, die zu einer wichtigen Infrastruktur gehören, von den Chinesen oder sonst jemandem gekauft werden. Die Gefahr, dass eine Staumauer nach China transportiert wird, erachte ich als nicht so gross. Wer ein Kraftwerk kauft, tut das, weil er es betreiben, Strom erzeugen oder die Versorgungssicherheit einer Region sicherstellen will. Etwas

anderes kann er damit gar nicht anfangen. Zudem haben wir ein Bundesrecht, welches die Versorgungssicherheit gewährleistet. Es ist also nicht einmal eine kantonale Frage. Das ist somit alles gesichert. Deshalb gibt es aus unserer Sicht überhaupt keinen Grund, nun hier eine Mehrheitsbeteiligung der BKW zu perpetuieren, und ich bitte Sie darum, das unnötige Gesetz, wie es sich nun präsentiert, abzulehnen.

Präsidentin. Das Wort haben die Fraktionen. Grossrat Leuenberger spricht nun für die BDP.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Ich habe Ihnen bereits im Rahmen der ersten Lesung dargelegt, weshalb die BDP hier der Meinung ist, dass dieses Gesetz eine Totgeburt sein wird, weshalb es überflüssig ist und die heutige Situation nur verschlimmbessert. Wir sind immer noch der festen Überzeugung, dass wir unsere Beteiligung an der BKW nicht missbrauchen sollen, um direkt auf ihr operatives Geschäft Einfluss zu nehmen. Mit diesem Gesetz tun Sie genau das. Sie zementieren nämlich gesetzlich, weshalb Sie das Gesetz wollen. Wenn das bereinigte Gesetz nun so durchkommt, ist es effektiv da, um energie-, wirtschafts- und finanzpolitische Ziele des Kantons in dieser Beteiligung einfließen zu lassen und auch einbringen zu können.

Wir erachten es als grundlegend falsch, dass der Kanton, die Politik hier der BKW direkt ins operative Geschäft hineinredet. Wie bereits bei der ersten Lesung werden wir dieses Gesetz daher in der Schlussabstimmung ablehnen und dem Antrag von Grossrat Haas zustimmen. Wir hoffen einfach, sollte dieses Gesetz wider Erwarten durchkommen, dass der Kanton Bern nicht plötzlich bei der BKW nachzahlen und bei einer Kapitalerhöhung oder einem Kapitalschnitt Geld in die Finger nehmen muss, sodass er nachher in die Bredouille kommt, weil er eine gesetzliche Mindestbeteiligung hat. Kolleginnen und Kollegen, was Sie hier tun, erachten wir als wirtschaftspolitischen Fehler. Deshalb lehnen wir das Gesetz ab.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Zuerst möchte ich meine Bewunderung kundtun, für die unglaubliche Beweglichkeit, welche Adrian Haas in seinem gesetzten Alter immer noch hat. Das Gesetz ist aufgrund einer überwiesenen Motion von Herrn Haas zustande gekommen. Herr Haas oder die FDP-Fraktion haben mich nicht unterstützt, als ich auf dieses Gesetz gar nicht eintreten wollte. Ich war von Anfang an der Meinung, es sei eine Totgeburt. Es ist ein politischer Sündenfall, wenn wir ein Gesetz schreiben, um etwa 0,4 Prozent Aktien zu verkaufen.

Und nun kommt hier der Antrag auf Ablehnung in der Schlussabstimmung. Selbstverständlich bleibt die glp-Fraktion bei ihrer Linie. Wir sind leider in unserem hohen Alter nicht mehr so flexibel. Aber wir werden den Antrag von Adrian Haas wohlwollend unterstützen und das Gesetz einstimmig ablehnen.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Auch ein Haas schießt mal ein Goal. In diesem Fall ist es halt ein Eigengoal. Das kann geschehen, wenn man Vorstösse macht und der Grosse Rat das Gesetz, das man mit diesem Vorstoss verlangt hat, dann etwas anders ausgestaltet, als man gemeint hat. Die FDP-Fraktion wollte etwas anderes, als das, was mit diesem Gesetz herausgekommen ist. So kann es geschehen.

Die grüne Fraktion ist immer noch der gleichen Meinung wie bei der ersten Lesung. Unseres Erachtens soll zentrale Infrastruktur wie das Stromnetz mehrheitlich im öffentlichen Besitz, mehrheitlich im Besitz des Kantons bleiben. Deshalb stimmen wir diesem bereinigten Gesetz zu.

Wie viele hier im Grossen Rat in der ersten Lesung auch betont haben, sehen wir aber auch nicht, weshalb sich die BKW im Bereich Energiedienstleistungen so engagieren sollte. Das ist effektiv ein Bereich, wo es nicht nötig und auch nicht sinnvoll ist, dass der Kanton eine Mehrheitsbeteiligung oder überhaupt irgendeine Beteiligung hat. In diesem Teil hat man nämlich wirklich ein finanzielles und wirtschaftspolitisches Risiko, indem der Kanton Bern, weil er eben wegen dem Netz aus unserer Sicht eine Mehrheitsbeteiligung an der BKW haben muss, auch in dem Bereich aktiv ist, wo er unseres Erachtens eben nicht aktiv sein sollte.

In der Interessenabwägung haben wir schon im Rahmen der ersten Lesung gesagt, dass für uns das Argument wichtiger ist, dass das Netz mehrheitlich in öffentlichem Besitz bleibt. Deshalb stimmen wir diesem bereinigten Gesetz zu.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich muss kurz eine Lanze für Adrian Haas brechen. Auch uns erging es so. Wir haben beim Eintreten mitgeholfen, weil wir das Gefühl hatten, man könnte ins Gesetz schreiben, dass man die Beteiligung des Kantons bis auf 34 Prozent senken kann.

Ich möchte vor allem auch noch zuhänden meiner lieben SVP-Kollegen, die das anders sehen, etwas zu bedenken geben. Wenn die jetzige BKW-Strategie mit Zukäufen bis nach Deutschland nicht aufgeht, würde der Kanton dereinst zur Kasse gebeten. Die BKW ist «too big to fail». Die EDU-Fraktion lehnt dieses Gesetz deshalb ab.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Im Gegensatz zu anderen Fraktionen, werden wir diesem Gesetz zustimmen. Wir finden es wichtig, dass es dieses Gesetz zur Beteiligung des Kantons an der BKW gibt und dass wir diese Beteiligung an der BKW nicht einfach dem Zufall beziehungsweise dem Markt überlassen. Auch angesichts der zweiten Lesung sind wir der Meinung, dass die BKW für die Energiepolitik und die Energiewende im Kanton Bern wichtig ist und wir deshalb mit einer Aktienmehrheit in diesem Sinne Einfluss auf die BKW nehmen können. Wir sind überzeugt, dass es sinnvoll ist, auch mit der BKW die energiepolitischen Ziele des Kantons zu verfolgen. Wir sind deshalb sehr froh, dass der Grosse Rat hier in der ersten Lesung in unserem Sinne entschieden hat. Andererseits sind wir uns sehr wohl bewusst, dass die BKW eine Aktiengesellschaft ist und deshalb auch ihre eigene Unternehmenspolitik verfolgen können muss, gerade auch jetzt in der schwierigen Situation mit den tiefen Strompreisen, die nicht einmal mehr kostendeckend sind. Wir machen uns also auch bei der Annahme dieses Gesetzes keine Illusionen und wollen nicht in das operative Geschäft von Frau Thoma hineinreden. In diesem Sinn hat sich in der Diskussion während der ersten Lesung zu diesem Gesetz sehr viel bezüglich der Frage geklärt, wohin man mit der BKW gehen will. Wir werden diesem Gesetz zustimmen und den Antrag Haas ablehnen.

Präsidentin. Bevor wir in die Pause gehen, möchte ich noch allen Fraktionssprechern das Wort geben.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Bei uns in der SVP-Fraktion wurde das kontrovers diskutiert. Wir haben aber zur Kenntnis nehmen müssen, dass die BKW nach wie vor Eigentümerin wichtiger versorgungsnotwendiger Infrastrukturen ist. Eine Mehrheit der Fraktion gewichtet dieses Argument höher, und wir sind der Auffassung, dass wir die Möglichkeit nicht schaffen möchten, dass insbesondere ausländische Investoren diese nachher dominieren können. Selbstverständlich kann man mit Adrian Haas sagen, da würde nichts gesehen. Ich erinnere noch einmal daran, dass ausländische Investoren Hotels kaufen und sie nachher einfach stilllegen. Das ist ökonomisch eigentlich auch nicht wahnsinnig nachvollziehbar. Aber es geschieht, und wir möchten die Möglichkeit nicht schaffen, dass Ähnliches mit versorgungsnotwendiger Infrastruktur geschehen könnte.

Doch eine starke Gruppe in unserer Fraktion betrachtet auch die Expansionsstrategie, insbesondere im Ausland, und das Dienstleistungsgeschäft einer staatlich dominierten Gesellschaft sehr kritisch. Das müssen wir sagen, und das war kein sehr einfacher Entscheid für unsere Fraktion. Wir haben also auch eine starke Gruppe in unserer Fraktion, die das Gesetz ablehnen wird.

Etwas möchte ich noch zuhänden von Kollege Leuenberger sagen: Auch diejenigen, welche diesem Gesetz so zustimmen – und dazu zähle ich mich –, sind nicht der Auffassung, dass der Grosse Rat in das operative Geschäft der BKW hineinreden können soll. Das ist aus unserer Optik so nicht vorgesehen. Wie ich schon mehrmals sagte, könnten wir uns allerdings vorstellen, dass man den Teil Dienstleistungen und den Teil Infrastruktur trennt, weil es für den Dienstleistungsbereich tatsächlich keine staatliche Mehrheitsbeteiligung braucht. Die diesbezügliche Initiative sollte aber sinnvollerweise von der BKW, also von der Unternehmung selber, kommen.

Präsidentin. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Marti das Wort.

Ursula Marti, Bern (SP). Wir sind nach wie vor dafür, dieses Gesetz anzunehmen. Wir haben dieses nun beraten, und die ganze Arbeit ist gemacht. Wir müssen nur noch auf den Knopf drücken, und dann haben wir das Gesetz. Dieses Gesetz hat auch gefehlt, und man hätte es ohnehin machen müssen, weil das nämlich verlangt ist. Nun ist es gemacht, und man kann es doch nun nicht einfach ablehnen, weil es nicht so herausgekommen ist, wie man es gewünscht hat. Das fänden wir wirklich falsch.

Die BKW und die Energieversorgung sind von solch wichtiger Bedeutung für diesen Kanton, und nun hat man das im Gesetz geregelt. Es ist wichtig, dass man das nun so beibehält.

Präsidentin. Damit gehen wir in die Pause. Ich erwarte Sie hier kurz nach 17.00 Uhr wieder vollzählig. Einen guten Appetit!

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr.

Die Redaktorin:
Sonja Riser (d)